

wäre der soziale Zweck in sein Gegenteil verkehrt. Gerade in letzter Zeit häufen sich die Fälle, wo unter Berufung auf das „Doppeloerdien“ Arbeitskräfte aus den Betrieben entfernt werden und überhaupt nicht erkehrt oder durch ganz schlecht bezahlte Kräfte ersetzt werden. Man wird also gerade in dem Punkt, wo die Brauns-Kommission politische Vorschläge macht, sehr vorsichtig sein müssen.

Die Gefahr eines Mißbrauchs ist um so größer, als die Brauns-Kommission irgendwelche gesetzliche Maßnahmen ablehnt, dafür aber die von ihr vorgeschlagenen freiwilligen Maßnahmen mit „allem Nachdruck“ durchgeführt wissen will. Verlangt man gegenüber wirklichen Doppeloerdienern, so besteht die Gefahr, daß sich alles auf die mitarbeitende Ehefrau stützt und sie auch in den Fällen aus der Arbeit zu vertreiben sucht, wo ihre Mitarbeit für die Familie notwendig ist.

Beginn der Bauausstellung am 9. Mai.

Auf dem großen Berliner Ausstellungsgelände am Kaiserdamm geht der Aufbau der am 9. Mai zur Eröffnung gelangenden Deutschen Bauausstellung seiner Vollenendung entgegen. In der Halle I ist die von 21 Staaten besuchte „Internationale Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen“ untergebracht. Eine besondere Abteilung zeigt „Das Bauwerk unserer Zeit“. Die Wohnung unserer Zeit ist in Halle II untergebracht. In den übrigen Hallen rund um den Funkturm geben die zahlreichen Bauwerke einen systematischen Querschnitt durch „Das neue Bauen“. Auf dem großen Freigelände sind 22 Musterbauten errichtet, welche hier brennende Fragen des „Ländlichen Siedlungsbaues“ behandeln. Auf dem anschließenden Gelände wird die Abteilung Straßenbau und die „Garagenausstellung“ sowie zahlreiche Kleinhäuser gezeigt. Die Bauausstellung dürfte die Interessen aller Stände in Stadt und Land berühren, ebenso alle Berufe. Es wird gezeigt, wo sich das Leben des heutigen Menschen abspielt und wie es in Haus- und Wohnung, auf der Straße und in der Fabrik erleichtert werden kann.

Die spanische Revolution.

Die erfolgreiche spanische Revolution, die zur Beseitigung der Monarchie und zur Regierungübernahme durch ein republikanisches bürgerlich-sozialistisches Kabinett führte, ist zunächst ein Sieg des politischen und sozialen Fortschritts in Europa und eine Schlappe der Reaktion. Nach den Revolutionen von 1817 und 1918, die die Dynastien der Romanows, der Habsburger und der Hohenzollern endgültig erledigten und Ausgangspunkt gewaltiger sozialer Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa wurden, stellt die spanische Revolution die erste große Niederlage jener Reaktionswelt dar, die als Periode der Gegenrevolution den großen Revolutionen folgte. Der blutige Sieg der Reaktion in Ungarn (1849), die Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien (1922), eines absolutistischen Regimes in Jugoslawien, einer Militärdiktatur in Polen und Litauen, die zeitweilige Bedrohung der Demokratie in Österreich und Finnland und der Wahlsieg der Nationalsozialisten im September vorigen Jahres in Deutschland kennzeichneten die Marschroute der Gegenrevolution. Mit dem Erstarken der Gegenkräfte gegen den Faschismus in Deutschland und nunmehr mit dem Sieg der spanischen Republikaner scheint der Gegenstoß eingeleitet zu haben.

Wie immer bildeten auch in Spanien den Hintergrund der revolutionären Ereignisse wirtschaftliche und soziale Spannungen, die in der bisherigen Staats- und Wirtschaftsverfassung des Landes nicht zur Lösung kommen konnten und darum nach einer Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens drängten. Das Rückgrat der spanischen Volkswirtschaft ist die Landwirtschaft, die die Ernährungsgrundlage für etwa drei Viertel aller Erwerbsfähigen abgibt. So ist die Agrarverfassung die Basis des sozialen Lebens in Spanien. Die Boden- und Besitzverteilung ist aber noch die des Mittelalters: viel Herrenland und wenig Bauernland. In weiten Teilen Spaniens finden wir keine Pachtbetriebe und ausgebeuteten Großgrundbesitz, die verhängnisvollste aller landwirtschaftlichen Strukturformen, die überhaupt denkbar ist. In den Provinzen, deren Bodensfläche bereits vermessen ist (staftiert) und die etwa ein Drittel der Gesamtfläche Spaniens umfaßt, besitzen 6,66 Millionen Betriebe mit 18 Millionen Hektar Bodenfläche. Etwa 5 Millionen dieser Betriebe sind ausgesprochene Zwergbetriebe mit je unter einem Hektar Bodenbesitz. Ihr Anteil an der Gesamtfläche beträgt nur 2,1 Millionen Hektar, während allein die 200 Betriebe, die hier mit je mehr als 3000 Hektar gepflügt wurden, einen Anteil von 0,7 Millionen Hektar innehaben. Eigenen Grund und Boden hatten allein 0,5 Millionen Kleinbetriebe mit einem Gesamtbesitz von nur 0,5 Millionen Hektar, während 600 Großgrundbesitzer

mit je über 3000 Hektar allein 3,4 Millionen Hektar Land gehörten. Dabei laiten auf dem Boden noch hohe, aus dem Mittelalter überkommene grundherrliche Rechte, die außerordentlich drückend sind und am Arbeitsertrag des überlasteten Bauern und Pächters zehren. Diese unglückliche Bodenverteilung ist zugleich der Grund der unterdurchschnittlich niedrigen Ertragsziffern der spanischen Landwirtschaft. Der Landbesitzer ist an einer intensiven Bewirtschaftung seines Bodens uninteressiert, da die ungeheure Größe seines Besitzes ihm auch bei extensiver Wirtschaft ein genügend hohes Renteneinkommen abwirft, das ein luxuriöses Leben in der Hauptstadt, fern von seinen Gütern, gewährleistet. Der „Absentismus“, das heißt der Bodeneigentümer überläßt die Bewirtschaftung einem Pächter und lebt in der Stadt von den Pachtrenten, die ihm der Pächter abzuführen hat, spielt in der spanischen Landwirtschaft eine große Rolle. Aber auch der Bodenertrag der bäuerlichen Kleinbetriebe ist gering, da diese verprotarifizierten Bauern in der Regel zu arm sind, um die notwendigen Bodenverbesserungen, vor allem die künstliche Bewässerung des Bodens und den technischen Fortschritt durchzuführen. Hierzu kommt, was die Lage noch verschärft, eine völlig unzulängliche soziale Gesetzgebung oder richtiger, das Fehlen jeder sozialen Gesetzgebung. Gesetzlicher Pachtzins ist unbekannt. Die Gesetze erlauben dem Verpächter, den Pachtzins jederzeit zu erhöhen und stellen es in sein Belieben, dem Pächter jederzeit zu kündigen, so daß dieser niemals sicher auf seinem Lande sitzt und niemals weiß, ob nicht die von ihm durchgeführ-

Was soll ohne Verkürzung der Arbeitszeit werden?

(IGB.) Was heute auf dem Gebiete der Technik noch neueste Erfindung ist, wird beim schlagenden Tempo der Technisierung und Rationalisierung in kürzester Zeit Allgemeingut und Selbstverständlichkeit! Welche unmöglichen Zustände geschaffen werden, wenn wir uns dieser Entwicklung nicht durch Verkürzung der Arbeitszeit anpassen, zeigen nachstehende amtliche Zahlen der Bundesregierung der Vereinigten Staaten:

Wenn alle Höchsten der USA. so rationell arbeiten würden wie die beste der bestehenden Anlagen, so würden 3000 Mann per Jahr sonstiger Kohleisen herstellen können, wie zur Zeit 26 000 Arbeiter. In der Sägemühlenindustrie würden 45 000 Mann die Arbeit von 282 000 verrichten, in den Kohlengruben 420 000 Mann die Arbeit von 750 000, in der Schuhindustrie 81 000 die Arbeit von 200 000 Mann. Wenn auf dem Gebiete der Landwirtschaft alle amerikanischen Staaten so rationell arbeiten würden wie der Staat Illinois, so würden 3,5 Millionen Landwirte und Landarbeiter gleich viel produzieren wie früher 6,1 Millionen in der Landwirtschaft beschäftigte Frauen und Männer.

ten Bodenverbesserungen seinem Nachfolger zugute kommen oder nur dem Pächter dazu dienen, den Pachtzins zu erhöhen. Aber auch bei der Beschäftigung fremder Arbeitskräfte, die infolge der hohen Geburtenüberschüsse und des bauernbenutzenden Landbesitzes in übergroßer Zahl zur Verfügung stehen, sind der Willkür der Großgrundbesitzer keinerlei Schranken gesetzt. Wieder Arbeits-, noch Lohn-, noch Kündigungsschutz sind vorhanden; dazu kommt neben der verhängnisvollen Bodenverteilung als zweites drückendes Erbe des Mittelalters die Unwissenheit der breiten Volksmassen. Noch immer sind 40 bis 50 Proz. der Bevölkerung Analphabeten, die unter der Herrschaft einer reaktionären Geistlichkeit und eines feudalen Grundbesitzes niemals Gelegenheit zu irgendeiner Schulbildung fanden. Dem Bauern ohne Land entspricht das Bauernkind ohne Schule!

Die drückende Lage der proletarisierten und in stärkstem Maße lebenden Bauern- und Tagelöhnerschichten auf dem Lande ist zugleich eine ständige Bedrohung der städtischen Arbeiter, die in den seit dem Krieg freibühnend entwickelten Industrien beschäftigt sind. Eine Reservearmee durch Landflucht ständig aufgefressener Lohnarbeiter ist das schwarze Gespenst, das dem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der spanischen Industriearbeiterschaft hemmend im Wege steht. Statt durch wirksame Bodenreformen die Lage dieser unter stärkstem feudalem Druck lebenden Bevölkerungsmassen zu bessern, versuchten die bisherigen Diktatur- und Militärregierungen, getragen von der Idee eines in den Nachkriegsjahren überall in der Welt sieberhaft übergründigen Wirtschaftsnationalismus, eine künstliche Scheinblüte gewisser Industrien herbeizuführen, die während des Krieges aufgetaucht waren und die mit Hochschulabsol-

Einflussverböten, Subventionen und allen möglichen Mitteln des Verwaltungsprotektionismus um jeden Preis am Leben gehalten wurden. Milliarden an Steuergeldern sind mit diesen Verhören der Hochschichtung „nationaler“ Industrien verpulvert worden, statt mit allen Mitteln die Lösung der dringendsten Lebensfragen des spanischen Volkes — Agrarproblem, Verkehrsweisen, Elektrifizierung — anzustreben. Das Ergebnis dieser falschen, weil sinnlosen und nur die Lebenshaltung der breiten Massen verteuernenden Wirtschaftspolitik war trotz größten Steuerdrucks allein ein unheimliches Anwachsen der öffentlichen Schuld und im Zusammenhang damit die Währungsstille.

Unterlassungs- und Tatfunden bilden so das Rückgrat der spanischen Revolution, deren Ziel nicht auf Sozialismus, sondern auf Einseufadalisierung gerichtet ist. Sie ist ihrem Wesen nach eine bürgerliche Revolution, die nur dann von Bestand sein wird, wenn sie die gedrückte, verelendete, analphabetische Bauernschaft vom feudalen Druck erlöst. Der Einfluß der spanischen Arbeiterbewegung ist noch gering und fast ausschließlich auf die großen Industriestädte, vor allem auf Madrid und Barcelona, beschränkt. Auch in Spanien muß erst die bürgerliche Revolution die Voraussetzungen der kommenden sozialistischen schaffen. C. R.

Günstiger Abschluß der Arbeiterbank.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. Berlin, legt ihren Jahresabschluss für 1930 vor. Das vergangene Jahr darf als eins der schwersten Krisenjahre bezeichnet werden. Deshalb ist es beachtlich, daß die Gesamteinlagen nicht zurückgegangen, sondern gegenüber dem Vorjahr noch von 163,2 auf 167,9 Millionen Mark gestiegen sind. Hierin kommt das Vertrauen zum Ausdruck, das der Bank der Gewerkschaften auch von den privaten Einlegern entgegengebracht wird. Der Jahresbericht der Arbeiterbank geht ausführlich auf die Wirtschaftsentwicklung ein. Die Organisation des Instituts hat nach dem Jahresbericht insofern einen weiteren Um- und Ausbau erfahren, als die Zahlstellen Hannover, München und Saarbrücken in Filialen umgewandelt und weitere selbständige Zahlstellen in Braunschweig, Essen, Köln, Piesdorf, Magdeburg und Stuttgart sowie eine Depotkassette im Parteihause der SPD. in Berlin errichtet wurden. Bei allen Filialen und Zahlstellen hat die Entwicklung durchaus den gewünschten Erwartungen entsprochen. Die Gesamtzahl der Angestellten hat sich im Berichtsjahr von 160 auf 215 gesteigert. In den Betrieben der Bank wurde Mitte März 1930 die 40-Stunden-Woche für die Angestellten eingeführt. Der Bankumsatz stieg von 2,787 Milliarden Mark im Jahre 1929 auf 3,363 Milliarden Mark im Jahre 1930. Innerhalb des Gesamteinlagenbestandes spielen die Spareinlagen die Verankerung ihres Interesses fort. In jederzeit veräußerlichen eigenen Wertpapieren sind nach der Bilanz 11,63 gegen 9,43 Millionen Mark im Vorjahre angelegt. Die eigenen Effekten bestehen vorwiegend aus festverzinslichen mündelsicheren Papieren. Die Verwendung der der Arbeiterbank anvertrauten Gelder ist auch ferner unter besonderer Vorsicht erfolgt. Unter den Kreditnehmern der Arbeiterbank befinden sich die Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft mit 55,76 Proz. an erster Stelle. Es folgen öffentlich-rechtliche Institutionen mit 39,26 Proz. und sonstige Kreditnehmer mit 4,98 Proz. Die Arbeiterbank hat nach wie vor den Bau von Wohnungen unterstützt. Insgesamt wurden 1930 10 522 Wohnungen mit den von der Bank zur Verfügung gestellten Mitteln erbaut. Von den der Arbeiterbank nahestehenden Instituten hat sich namentlich die hannoversche Bodenkredit-Bank günstig entwickelt. Die günstige Entwicklung der Arbeiterbank kommt in der Gewinn- und Verlustrechnung deutlich zum Ausdruck. Die Gesamteinnahmen stiegen von 4,46 auf 5,37 Millionen Mark. Die Handlungsunkosten erhöhten sich durch Erleichterung neuer Filialen und Depotkassen von 1,97 auf 2,28 Millionen Mark. An Steuern mußten 950 000 gegen 773 000 Mt. im Vorjahre geleistet werden. Der Reingewinn beträgt 2,137 Millionen gegen 2,110 Millionen Mark im Vorjahre. Die Verteilung des Reingewinns geschieht in folgender Form: Zuweisung an den gesetzlichen Reservefonds 500 000 Mt., an den Spezialreservefonds 300 000 Mt., Ausschüttung einer achtprozentigen Dividende 960 000 Mt. und auf neue Rechnung werden rund 377 000 Mt. vorgetragen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsabchlusses der Arbeiterbank berechtigt auch weiter zu großen Hoffnungen. Sie hat die Krise bisher gut überstanden, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß das Selbstvertrauen der Arbeiterbank sich weiter günstig entwickeln wird. Das Vertrauen der Arbeiter, Angestellten und Beamten wird sich weiter in der Weise auswirken können, daß die eigenen Mittel der Arbeiterschaft den eigenen Instituten gehören und von denen im Sinne ihrer Einleger verwaltet und angelegt werden.

Betrieb und Wirtschaft

Nimm keine eigenmächtigen Änderungen an Urkunden vor!

Wie leicht ein durchaus ehrlicher Mensch aus Unbedachtsamkeit und übergroßer Englichkeit sich in die Fäden des Gesetzes verliert, dafür zeugt uns ein Urteil des Amtsgerichts Niederloosdorn. Dort wurde ein Kollege wegen Vergehen gegen § 267 des Strafgesetzbuches zu 15 Mt. Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

§ 267 des Strafgesetzbuches besagt: „Wer in rechts-widriger Absicht eine inländische oder ausländische öffentliche Urkunde oder eine solche Privaturkunde, welche zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen von erheblicher Art, verlässlich oder fälschlich anfertigt und von derselben zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch macht, wird wegen Urkunden-fälschung mit Gefängnis bestraft.“

Der Tatbestand ist nun folgender: Der Angeklagte war vom 26. März bis 6. September 1930 bei einer Baufirma G. beschäftigt. Bei seinem Weggang am 6. September erhielt er von der Firma eine Arbeitsbescheinigung. In dieser wurde bescheinigt, daß der Angeklagte vom 25. März bis 6. September 1930 bei ihr beschäftigt gewesen sei. Auf dem gleichen Formular wurde von der Allgemeinen Ortskrankenkasse mit Stempel und Unterschrift unterm 6. September 1930 bescheinigt, daß der Angeklagte während der von der Firma angegebenen Zeit bei ihr beschäftigt gewesen sei. Der für die Angabe des Beginnes und des Endes der Versicherung vorgesehene Raum wurde allerdings nicht nochmals ausgefüllt. Tatsächlich hatte Kollege J. seine Tätigkeit bei der Firma G. erst am 26. März 1930 begonnen. Am 25. März war er von dem Zeugen D. für den nächsten Tag bestellt und hatte am Morgen des 26. März die Stelle angetreten.

Kollege J. befürchtete nun, er werde beim Vorzeigen der Bescheinigung an Arbeitsamt Unannehmlichkeiten haben, da die Bescheinigung den 25. März, an dem er noch Erwerbslosenunterstützung bezogen hatte, als ersten Arbeitstag bei G. angab. Deshalb änderte er die Ziffer 5 in dem Datum in eine 6. Da das Datum hierdurch nicht deutlich zu lesen war, hämmerte er diese ein und setzte das Datum „26. 3.“ daneben. Als er die Bescheinigung beim Arbeitsamt vorzeigte, fiel dem Beamten die Änderung auf und es wurde Anzeige erstattet.

Das Amtsgericht kam zu vorstehender Beurteilung. In den Entscheidungsgründen wird gesagt: ... Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, eine Urkundenfälschung begangen zu haben. Bei der rechtslichen Würdigung der Tat war zunächst zu prüfen, ob es sich bei der fraglichen Bescheinigung um eine öffentliche oder private Urkunde handelte. Die vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung an sich war eine private Urkunde, allerdings auch eine solche, die zum Beweise von Rechten und Rechtsverhältnissen erheblich ist. Durch den Stempel der Ortskrankenkasse, einer öffentlich-rechtlichen Korporation, wurde die ganze Urkunde aber zu einer öffentlichen Urkunde, zumal in der Bescheinigung der Krankenkasse durch die Worte „der vorstehend genannte Arbeitnehmer“ und „der angegebenen Zeit“ auf die Urkunde des Arbeitgebers Bezug genommen wird.

Diese Urkunde hat der Angeklagte verfälscht, indem er das Datum änderte. Er hat auch durch Vorzeigen beim Arbeitsamt von ihr zum Zwecke der Täuschung Gebrauch gemacht. Er wollte in dem Beamten den Glauben erwecken, G. und die Krankenkasse hätten ihn beschäftigt, er sei vom 26. März an bei G. beschäftigt und während dieser Zeit bei der Krankenkasse versichert gewesen. Der Angeklagte handelte auch in rechts-widriger Absicht. Der zu täuschende Beamte sollte durch den Irrtum zu einem rechtlich erheblichen Verhalten bestimmt werden, zu dem er nach der Meinung des Angeklagten ohne die Täuschung nicht gelangt wäre. Die rechts-widrige Absicht wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß es sich um die Beschaffung und Benutzung eines falschen Beweismittels zur Geltendmachung eines begründeten Anspruches handelt.

Der Beurteilte wird dieses Urteil mit sehr gemilderten Gefühlen ansehen. Falsche Angaben hatte ursprünglich nicht er selbst gemacht, sondern die Bau-firma, die ihm eine falsch datierte Arbeitsbescheinigung in die Hand drückte und die Ortskrankenkasse, die diese falsch datierte Bescheinigung abstempelte und dadurch zur öffentlichen Urkunde erhob. Beide gehen straflos aus. Hätte er mit aller Energie eine Richtigstellung des Datums verlangt, mußte seinem Wunsch entsprochen werden. Er hat aus übergroßer Englichkeit und um weitere Unannehmlichkeiten zu vermeiden, das Datum eigenmächtig richtig gestellt. Dadurch ist er mit dem Buchstaben des Gesetzes in Konflikt gekommen. Einen persönlichen Vorteil hat sich unser Kollege J. nicht verschaffen wollen, denn es ist einwandfrei durch den Zeugen D. bewiesen, daß er die Arbeit erst am 26. März an-

getreten hat. Wir können dieses Urteil, daß sich angrifflich an den Buchstaben des Gesetzes anklammert, nicht verstehen. Das Rechtsempfinden breiter Massen der Bevölkerung spricht unseren Kollegen J. frei.

Deutsche Unternehmer importieren „soziale Einrichtungen“ aus Amerika.

Vor kurzem hat in Deutschland die Adam Opel A.-G. für ihre Wertsangehörigen eine Gruppen-Lebensversicherung abgeschlossen, der 90 Proz. der Belegschaft beiträgt. Die „Volksfürsorge“, das Organ der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft, nimmt in einem längeren Artikel zu dieser Versicherungsart Stellung. Sie legt dar, daß die Opel-Versicherung kein Einzelfall bleiben wird, sondern daß es um den groß angelegten Plan zur allgemeinen Einführung der bei uns bisher fast unbekanntem amerikanischen Gruppenversicherung geht. Dieser Plan eines „Versicherungsimportis“ verdient angesichts der Tatsache, daß hinter ihm die größte Lebensversicherungs-gesellschaft der Welt, die Metropolitan Life Insurance Company of New York steht, sowohl vom sozial-politischen als auch vom versicherungswirtschaftlichen Standpunkt aus das Interesse der breiten Öffentlichkeit. Was sich jenseits des Ozeans beim Fehlen der staatlichen Sozialversicherung „bestens bewährt“ hat, braucht noch lange nicht berufen zu sein, als neue „soziale Einrichtung“ nach Deutschland verpflanzt, oder aber — wie zu erwarten ist — der Belegschaft mancher Betriebe auf-erzogen zu werden.

In dem Artikel, den wir vertürzt folgen lassen, wird dann der Wert der Gruppenversicherung für die Versicherten selbst, und zwar gemessen an dem Werte der regulären Lebensversicherung dargelegt.

„Bei der Beurteilung des Wertes einer Lebensversicherung — so heißt es in dem Artikel — darf niemals die Kostenfrage allein entscheidend sein. Was nützt den Versicherten und ihren Hinterbliebenen eine Lebensversicherung, und wäre sie noch so billig, wenn nicht eine absolute Gewißheit dafür besteht, daß der benötigte Versicherungsschutz im entscheidenden Augenblicke auch wirklich vorhanden ist und nicht von Umständen abhängt, die der Willkür fremder Personen unterworfen sind! Und in dieser Hinsicht birgt die Gruppenversicherung so ungeheure Gefahren in sich, daß man im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu ihrer grundsätzlichen Ablehnung kommen muß.“

Der Gruppenversicherungserzieher genießt den Versicherungsschutz nur, solange er sich in den Diensten des betreffenden Arbeitgebers befindet. Welcher Arbeitnehmer hat aber die Gewißheit, daß er bis zu seinem Tode oder bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, also meistens Jahrzehnte hindurch, in demselben Betriebe beschäftigt sein wird? Ganz abgesehen davon, daß mancher freiwillig seine Stellung aufgibt, um sich zu verbessern, mancher aus irgendwelchen persönlichen Gründen entlassen wird und mancher nach einer Krankheit nicht auf seinen Posten zurückkehrt, kann angesichts der immer wieder eintretenden Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit kein Arbeiter oder Angestellter wissen, ob der Unternehmer gerade ihn bis zum letzten Augenblicke behalten wird. Weiß er denn überhaupt, ob die Firma bei seinem Tode noch existiert?

Und was geschieht, wenn der Arbeitgeber eines Tages von seinem einseitigen Rechte Gebrauch macht, die Gruppenversicherung aufzugeben, oder — was das selbe bedeuten würde — die Bedingungen derart abzuändern, daß sie für die Versicherten unannehmbar werden?

Die Anhänger des amerikanischen Systems werden nun sagen, daß die Gruppenversicherung durchaus kein Erlaß, sondern nur eine segensreiche Ergänzung der regulären Lebensversicherung sein soll, und daß, die geringfügigkeit seines Prämienanteils dem Arbeitnehmer gelte, noch eine angemessene Einzelversicherung abzuschließen.

Das ist theoretisch recht und gut. In der Praxis aber liegen die Dinge wesentlich anders. Die im wirtschaftlichen Denken wenig gekulten Menschen wiegen sich in eine an Verleumdungsgrenzen falsche Sicherheit über die Zuverlässigkeit ihres Versicherungsschutzes ein und sie werden zu einer folgenschweren Abneigung gegen den Abschluß einer ordentlichen Lebensversicherung verführt.

Wir müssen die Gruppenversicherung also aus denselben Gründen ablehnen, wie die unheilvolle Ab-nennerversicherung. Die deutschen Arbeiter und Un-

gestellten haben schon vom Standpunkt ihres Versicherungsschutzes aus keinerlei Ursache, sich mit einer derartigen Halbheit, mit der Amerika sie in der Hoffnung auf Gewinn beglücken möchte, zu befreunden. — Wie aus Mitteilungen der Gewerkschafts-pressen zu entnehmen ist, scheinen die Gewerkschaften auch entschlossen zu sein, die Gruppenversicherung zu bekämpfen.

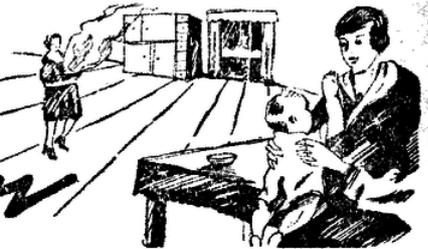
Diese Stellungnahme des Organs der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft ist klar und deutlich. Sie kann noch ergänzt werden durch den Hinweis auf die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gefahren für die Arbeiter-schaft, die mit der Verbreitung der Gruppenversicherung aufstehen werden. Der allgemeine Angriff der deutschen Unternehmer gegen die staatlichen sozialen Einrichtungen ist vorerst nur zum Stillstand gekommen. Es eröffnet sich die Perspektive, daß später die Unternehmer unter Hinweis auf die finanzielle Sicherung der Arbeitnehmer durch die Gruppenversicherung eine kräftige Einschränkung der Sozialversicherung fordern. In Oesterreich sind die Pläne des Ministers Reich ein Musterbeispiel dafür, daß derartige Absichten noch immer zum eisernen Bestand der Sozialreaktion gehören. Die österreichische Arbeiter-schaft, voran die Zeitschrift „Arbeit und Wissenschaft“, Organ der Arbeiter-räte Oesterreichs, hat vor kurzem den publizistischen Kampf gegen die Gruppenversicherung aufgenommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zwischen der großen Propaganda für die Gruppenversicherung in Oesterreich und den jetzigen Plänen auf Abbau der Sozialversicherung schon ein gewisser Zusammenhang besteht. Vielleicht sind auch die Experimente der deutschen Unternehmer, durch Gewährung minderwertiger Sozialleistungen, verbunden mit Bindungen der verdienstlichen Art, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Vielleicht ist die Gruppenversicherung ein neuer Schritt in dieser Richtung. Deshalb kann keineswegs der Beitritt zu einer Gruppenversicherung empfohlen werden; es ist im Gegenteil größte Zurückhaltung angebracht.

Sterbegeld nach dem Ausschneiden aus der Kasse.

Zu den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, die in den Kreisen der Versicherten wenig bekannt sind, gehört die, daß das Sterbegeld auch noch bereits erfolgtem Ausschneiden aus der Krankenkasse noch gezahlt werden kann. Der § 202 des erwähnten Gesetzes bestimmt hierüber: „Stirbt ein als Mitglied der Kasse Erkrankter binnen einem Jahre nach Ablauf der Krankenhilfe an derselben Krankheit, so wird das Sterbegeld gezahlt, wenn er bis zum Tode arbeitsunfähig gewesen ist.“ Es erscheint im Interesse der Versicherten angebracht, auf diese Bestimmung etwas näher einzugehen. Dasselbe besagt, daß der Erkrankte gegebenenfalls noch ein Jahr nach dem Ausschneiden aus der Kasse Anspruch auf Sterbegeld haben kann. Die Gewährung des Sterbegeldes ist jedoch an verschiedene Voraussetzungen geknüpft. Einmal muß der Erkrankte während seiner Mitgliedschaft erkrankt sein — weiter muß der Tod innerhalb eines Jahres nach der erfolgten Aussteuerung (sahungsgemäßes Ende der Kassenleistungen) einreten. Als weitere Voraussetzung ist vorgeschrieben, daß der Tod durch die Krankheit verursacht sein muß, wegen der der Erkrankte ausgesteuert ist. Endlich ist noch notwendig, daß der Erkrankte vom Ablauf der Krankenhilfe (Aussteuerung) ab bis zum Tode arbeitsunfähig krank gewesen ist. Ist auch nur eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllt, so besteht kein Anspruch auf Sterbegeld. So wird beispielsweise Sterbegeld dann nicht gewährt, wenn der Tod aus einer anderen Ursache als der Krankheit, die zur Aussteuerung führte, eingetreten ist usw. Ein Oberversicherungsamt hatte sich kürzlich mit einem Streitfall aus dieser Bestimmung zu beschäftigen und dabei unterm 20. Januar 1931 folgende wichtige Entscheidung gefällt: „Für den Anspruch auf Sterbegeld nach § 202 der Reichsversicherungsordnung ist entscheidend, daß das Mitglied binnen einem Jahre nach Ablauf der Krankenhilfe stirbt und bis zum Tode an derselben Krankheit arbeitsunfähig war. Hat das Mitglied während dieses Jahres unter der Gefahr der Verschlimmerung seines Leidens Lohnarbeiten verrichtet, so hindert das den Anspruch auf Sterbegeld nach § 202 der Reichsversicherungsordnung nicht, wenn tatsächlich die Arbeitsunfähigkeit bestanden hat.“ Dieses Urteil ist von nicht geringer Bedeutung. Nach ihm ist das Sterbegeld auch dann zu bezahlen, wenn der Erkrankte trotz Bestehens der Arbeitsunfähigkeit irgendwelche Lohnarbeiten verrichtet hat. Selbstverständlich müssen jedoch alle übrigen Voraussetzungen erfüllt sein.



Leben und Familie



Mutter.

Du bist nun alt geworden, meine Mutter. Dein Gang ist gebückt, matt sind deine Augen. Fern bin ich jetzt von dir. Aber oft an den Stunden des Abends, wenn die Dämmerung anheindelnd ins Zimmer weht, denke ich an dich und an dein arbeitsreiches Leben. Du warst eine rechte Proletarierfrau, es ist dir nichts erspart geblieben. Nichts von all den Sorgen und Mühen unserer Klasse. Ich sehe die Fabrikhornsteine und die Kohlenhaufen meiner Heimat. Sehe die Arbeiter der Schächte, die am Abend nach Hause wandern. Würdigkeit und Gebitterung in ihren Gesichtern, wie verkörperte Gestalten von Meunier. Und ich weiß noch genau, wie die Sorge gar oft unser Gast war. Sie war es, die unsere Kindheit trübte — unsrer Mutter Leben zermalmte. Die frühesten Erinnerungen umschalten Not und Entbehrungen. Streifs- und Ausperrungen, der lebensgefährliche Beruf des Vaters, der geringe Lohn, wo bleibt dann die Lebensfreude?

Aber du, meine Mutter, verzagtest nie. Trotz alledem und alledem. Du hast geschafft wie ein Arbeitstier. Und immer warst du die Güte selbst. Weißt du noch, wie damals der Vater im Schacht verschüttet wurde und wochenlang krank im Hause lag? Auch in jenen Tagen hast du ausgehalten. Bist selbst auf Arbeit gegangen, trotz der vielen Kinder, die dich zu Hause brauchten. Welcher andere Ausweg wäre dir auch geblieben? Ich habe dich bei der Arbeit gesehen. Schweißtiefend standest du an der Lorkpresse, inmitten von Schmutz und Rauch, und über dir brannte die Aufgussonne. Wenn du dann abends heim kamst, erwarteten dich neue Pflichten. Und du warst doch so hungrig und müde. Der Vater brauchte deine Pflege und wir Kinder hatten Hunger. Um alles mühest du dich kümmern. Diese Tage, ich werde sie nie vergessen. Du hast beim Blinzeln der Petroleumlampe bis spät in die Nacht hinein gearbeitet. Hast ausgebeißert und geflitzt. Wenige Stunden Ruhe und wieder erwartete dich der neue Werteltag.

Zehn Kinder hast du damals ganz allein ernährt. Das, liebe Mutter, wird dir keine der wohlgenährten Bürgerfrauen so leicht nachmachen. Sei stolz darauf, sei stolz! Fünfzehn Kinder hast du geboren und sie in Ehren aufgezogen. Sie schlagen sich tapfer durch die Welt. Nur du, unglückliche Mutter, bist dabei fast zugrunde gegangen. Wie so viele, viele andere. Die Tragödie einer Proletariermutter.

Manchmal als Erwachsener habe ich bitter gelächelt, wenn ich das abgedrohtene Wort der Besitzenden hörte: Viel Kinder, viel Segen. Ach, sie sollten es einmal, wenige Wochen nur, durchmachen, wie eine kinderreiche Arbeiterfamilie zu leben. Sollten einmal sehen, wie die Hauswirte solche Familien von Haus zu Haus jagen. Und sie würden bald anders reden.

Wie sehnsüchtig wartete meine Mutter darauf, daß eins von uns aus der Schule käme. Denn „aus der Schule kommen“, das hieß für uns „ein Eßer weniger“, das hieß fort in die Welt und auf eigenen Füßen stehen. Und die Jahre kamen und gingen. Unsere Mutter wurde älter und sah doch nie etwas vom Leben da draußen. Am Sonntag sahst du zu Hause und stopfstest Strümpfe oder hastest andere Arbeiten zu verrichten. Keine Reise, keine Erholung, nichts von alledem. So war es immer. Die wenigen Sonntage, die du außer dem Hause verbrachtest, sind zu zählen. Immer dieselbe Treitmühle, jahrein, jahraus. Keinen Trost im Herzen als das eiserne: ich muß!

Jahr um Jahr ging ins Meer der Unendlichkeit. Da geschah es einst, daß ich nach langer Abwesenheit wieder zurück kam ins Vaterhaus. Ein Maientag. Auf den Bäumen der Landstraße, die vom Bahnhof nach dem Dorfe führt, prangten die Kirchsblüten wie frischgefallener Schnee. In der Luft gurrten die Vögel. Frühling war im Land.

Da geschah es, daß ich meiner Mutter begegnete. Ach sah, wie ihr ein fröhlicher Schreden über das Gesicht huschte. Und da konnte ich mir nicht anders helfen. Ich stellte mein Köpfchen auf den Boden und küßte meiner Mutter die eingefallenen Wangen. In der Freude des Wiedersehens weinte ich — und habe mich der Tränen nicht geschämt. Ich weiß, wir Arbeiter sind ein raubes Geschlecht, Järtlichkeiten sind bei uns selten, aber wenn uns die Freude zu Umarmungen hinreißt, so wissen wir: sie ist ehr-

lich empfunden. Unsere Seele verstaubt durch den Alltag, und gar oft auch die Ideale und all die glühenden Hoffnungen der Jugend. — — —

Nun, meine Mutter, bist du alt geworden. Alter als deine Lebensjahre. Die Zeit ging über dich hin. In deinem Gesicht sind Falten, graue Haarsträhnen an den Schläfen. Doch in den Winkeln deiner Lippen leuchtet noch das gütige und wehmütig-verzichtende Lächeln wie in vergangenen Tagen. Möge dir noch einmal im Leben die Freude erblühen, mögest du noch einmal gesund werden. Ich hoffe mit Sehnsucht darauf und — kann doch nicht hoffen. Es gibt ein Gedicht von Dörfel v. Kienecron. Wenn ich dich sehe, wenn ich von dir träume, immer denke ich an diesen Lobgesang mütterlicher Liebe.

Ein Stück für mich, wie liebevoll du sorgtest! . . . Wie oft sah ich die blauen Hände regen.

Arthur Jahz.

Die Tat

**Darum laßt uns alles wagen,
Nimmer rasten, nimmer ruhn,
Nur nicht dumpf, so gar nichts sagen,
Und so gar nichts woll'n und tun.**

**Nur nicht brütend hingegangen
Angstlich in dem niedern Joch,
Denn' das Sehnen und Verlangen
Und die Tat, sie blieb uns doch.**

Karl Marx.

Piepenbrinks von unten.

Von Kurt Schmelzer.

Sie waren schon da, als wir einjogen, nämlich in der Barterwohnung, zu der der kleine Vorgarten gehört. Wir hatten die Wohnung über ihnen gemietet. R. Piepenbrint — steht an dem glänzend blanten Türschild, und, wenigstens die Frau, sieht auch so aus. Es sind nette Leute, wir grüßten uns freundlich, wenn wir uns auf der Treppe trafen, sprachen auch schon mal ein paar Worte über das Wetter und die Hausangelegenheiten, ihre Kinder benahmen sich wohlgezogen — freilich die offensichtlichen Bemühungen der Frau Piepenbrint, diese lockeren Fürbeziehungen in direkt freundschaftlichen Verkehr ausarten zu lassen, überlassen wir gefesselt. Man sollte das nicht übersehen, denn wir haben da unsere Erfahrungen, deren letzte Konsequenz Wohnungstausch heißt. Und das ist immer ein bißchen umständlich. Aber Piepenbrinks nehmen leider übel.

Man merkte das zuerst an den Kindern. Sie streckten uns ja nicht geradezu die Zunge heraus, wenn sie uns sahen, aber man konnte doch an ihrem Gebahren erkennen, daß etwa diese Unterhaltung in der Wohnung unter uns geführt worden war:

Papa Piepenbrint: „Was sind das schon für Leute, da über uns! Schriftsteller? Tagediebe und Hungerleider! Schlafen bis zum Mittag und brennen die halbe Nacht das teure Elektrische. Hinterher können sie die Rechnung nicht bezahlen, und der Kassierer muß einhalbjährig kommen. Was das allein die Sache verteuert! Und ich freße einen Bissen, wenn die Frau, mit der er da zusammen haust, seine richtige Frau ist.“

Mama Piepenbrint: „Na, und dann das Volk, mit dem sie verkehren! Die richtigen Schlawiner! Hast du dir die Fensterheben mal angesehen? Mindestens sechs Wochen sind die nicht gepußt. Und das Woll trägt der Mann runter. Ach danke! So was ist dann Dichter!“

Piepenbrinks haben eben Ideale. Das merkte ich schon, als sie einen Zwerg in ihrem Vorgärtchen aufstellten, einen Zwerg mit roter Hose, blauer Jacke, grüner Zipselmütze und weißem Umhängelbart. Dazu muß man wissen, daß Herr Piepenbrint Generaldirektor eines Versicherungsunternehmens ist. Im Bureau hat er also nur Zahlen und Abschüsse und solche Sachen im Kopf, aber zu Hause ist er Mensch,

mehr, ist geradezu Romantiker, der Märchenfiguren liebt und seiner Liebe plastische Darstellung gönnt.

Ferner sind Piepenbrinks musikalisch. Sie sind es vermittelt eines Klaviers, das in ihrem Zimmer, unter dem, das Elisabeth mein Arbeitszimmer nennt, seinen Platz hat.

Irngard Piepenbrint, schätzungsweise zwölfjährig, lernt noch Klavierspielen. Sie hat jedoch keine festliegenden Übungszeiten, sondern überläßt sich willkürlich mit ihren Darbietungen. Meistens beginnt sie mit: O Donna Klara, ich hab dich tanzen gesehen . . . wozu sie auch manchmal singt. Ich habe es lieber, wenn sie dazu singt, denn dann bleibt sie in einem passablen Tempo, während sie ohne Gesang, da sie das Stück schon sehr gut kann, leicht in Raserei verfällt. Dann kommen einige andere Lätze, die ich durch sie kennengelernt habe. Darunter ist einer mit einer kniffligen Stelle, die sie vermußlich nie lernen wird. Sie spielt den Anfang nach ihrer Art ziemlich hastig, dann kommt die Stelle, die nicht geht, wird zirka zehnmal probiert, bis sie zufällig glückt, dann im Zusammenhang nochmal vorgenommen, wobei sie wieder daneben gelingt, aber jetzt resolut übergangen, worauf der Schluß gleichfalls in dem überbelegten Anfangstempo zurückgelegt wird.

In der traulichen Vorweihnachtszeit übte sie seit Anfang November täglich ein Potpourri von Weihnachtsliedern. Im Laufe der Zeit gelangen ihr die recht gut, und da die Mama und die jüngste Schwester meistens dazu sangen, klappte es auch mit dem Tempo. Nun kommt ja aber leider „Schlaf in himmlischer Ruh“ vor, und die himmlische Ruh war ihr Verhängnis. Die kriegte sie in den ganzen acht Wochen nicht weg, und als dann der Weihnachtsbaum brannte und Papa Piepenbrint seinen Wah in den Familiengesang mischte, wurde sie wieder ihr Unglück. Dreimal probierte Irngard die schlimme Stelle, und dreimal mißlang sie, so daß sie weinend vom Klavier aufstand und Papa Piepenbrint die Situation mit Schwung und viel Pedal retten mußte.

Papa Piepenbrint spielt nämlich auch Klavier. Zwar nicht oft, aber manchmal in der Abendstunde kramt er ein heftig Armeemärzchen in erleichterter Ausgabe hervor und bringt sie zu Gehör. Dazu paßt ja Schwung und viel Pedal ausgezeichnet. Aber dem Zusammensteller des Heftes ist ein Walheur passiert, er hat nämlich den Höhenrieberger nicht erleichtert, und Papa Piepenbrint muß sich verzweifelt damit plagen. Während er die anderen hinlegt, daß sich dazu marschierende Infanterie die Stiefel von den Knochen scheidern würde, bringt er den Höhenrieberger wie eine Zeitlupe. Aber dann kommt Gottseidank der Petersburger wieder erleichtert, und bei „Denkst du denn, du Berliner Pflanze“ singen alle freudig mit, und Mama Piepenbrint wird so angeregt, daß sie nun auch ihrerseits . . .

Also Mama Piepenbrint kann nicht nach Noten, aber nach dem Gehör. Sie hat Bruchstücke von der „Uhr“ von Boerne noch im Gedächtnis, an denen versucht sie sich. Den Text kann sie auch nicht mehr, da behilft sie sich leicht mit la-la-la. Und wenn die Harmonien nicht recht klappen wollen, genügt ihr ein Finger, und zur Verstärkung zieht sie einen zweiten im Wah heran, der die Oktave spielen muß. Aber dazwischen weiß sie geschickt Triller und Schleifen, sogar Laufe anzubringen. Leider wie gefagt, kann sie es nicht zu Ende. Sie schließt darum mit einem besonders schönen Triller und nimmt sich „Auch ich war ein Jüngling mit lockigem Haar“ vor. Aber auch der biebt zum Torjo verurteilt, zwar einem schönen Torjo mit vielen Verzierungen, und es folgen Reminiszenzen von „Vater, Mutter, Schwestern, Brüder hab ich auf der Welt nicht mehr“. Dann beginnt sie frei zu phantasieren auf ihre gefühlvolle Art, und zuletzt legt sie den gestidten Käufer wieder über die Tasten und schlägt das Instrument.

Ich pflege, wenn Piepenbrinks ihre musikalischen Unterhaltungen beginnen, meine Schreiberin beiseite und mich auf die Chaiselongue zu legen, nachdem ich das Licht ausgetripst habe. Ich muß gestehen, ich höre ihnen gern zu und bin so sehr in ihrem trauten Kreise, daß es ihnen bestimmt peinlich wäre, hätten sie eine Übung davon.

Aber so sind die Literaten einmal, taktlos und aufdringlich, und Piepenbrinks haben vermußlich ganz recht, daß sie uns zu wenig milde beurteilen.

Die Gewerkschaften sind an allem schuld!

Durch den Niedergang der Wirtschaft werden die Gewerkschaften nicht gering betroffen. In dem Bestreben, ihre Mitglieder nicht im Elend versinken zu lassen, gehen die Kassenbestände verloren. Auch lassen sich die Gewerkschaften seit Jahren, die Arbeitslosigkeit zu mildern, und sind teilweise zu Zuständigkeiten bereit gewesen, die bis hart an die Grenze der Selbstbehauptung gingen. Das alles wird von Gegnern der Arbeiterklasse weder anerkannt, noch beachtet. Im Gegenteil sucht man nach der bekannten Methode „Halbt den Dieb“ die Gewerkschaften für das Arbeitsloseneind verantwortlich zu machen. Typisch hierfür ist ein Artikel der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 94. Dort wird u. a. das Arbeitsloseneind geschildert und dann fortgefahren: „Warum ist es soweit bei uns gekommen? Ruft das Elend mit dieser Wucht über unser Volk hereinbrechen? Wir sind überzeugt, daß es nicht nötig war: man hätte es verhindern oder wenigstens stark vermindern können, wenn ohne die Gewerkschaften die deutsche Wirtschaft sich frei hätte entwickeln können. Die Gewerkschaften haben die Wirtschaft nach dem Kriege durch hundert Gesetze und Verordnungen in Fesseln gelegt, und deshalb sind sie für diesen Zustand verantwortlich.“

Was mit der Verdächtigung der Gewerkschaften bezweckt werden soll, sieht man an folgenden Forderungen: „Um es gleich vorweg zu sagen, geht es (die Besserung der Lage) nur, wenn wir alle in den Nachkriegsjahren erlassenen Gesetze und Verordnungen, die die Arbeitsbedingungen für die Wirtschaft erschweren und die Wirtschaft einengen, aufheben, und es den Arbeitern und Unternehmern selbst überlassen, nach den bestehenden Möglichkeiten in der Welt sich durchzusetzen.“ Man muß gestehen, daß die hinter der „Bergwerks-Zeitung“ stehenden Kreise aus Gange gehen. Sie wollen wieder vollständig Herr sein, um über die Arbeiter und Angestellten wie über rechtlose Kulis verfügen zu können. Das einzige Mittel der Krisenüberwindung sieht der Artikelsschreiber des genannten Blattes in der Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnzusatz. Also die heutige Arbeitszeit von acht Stunden und darüber genügt diesen Herren nicht, sondern die Arbeiter sollen wieder wie früher zehn und zwölf Stunden schuften. Statt einer Verkürzung der Arbeitszeit soll eine erhebliche Verlängerung eintreten. Daß damit die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern erheblich vermehrt wird, ist diesen schwerindustriellen Demagogon gleichgültig. Das ganze ist ein Versuch, die Unfähigkeit unserer sogenannten Wirtschaftsführer zu verdunkeln und andere mit einer Schuld zu beladen, an der sie vollkommen unschuldig sind. Aus dem Geschilderten wird aber eins unbewußt unterstrichen: die hohe Bedeutung der Gewerkschaften. Denn wenn diese Massenorganisation der Arbeiter und Angestellten tatsächlich so für ihre Kollegen gewirkt haben und sie so heftig von ihren Gegnern bekämpft werden, dann müssen sie unentbehrlich sein.

Codere Zähne.

Von Dr. med. dent. Ludwig Saulsohn.

Sofern man noch nicht dem biblischen Alter nahe ist, stimmt die Feststellung, daß die Zähne sich mehr oder weniger lockern, recht betrüblich und läßt in jedem Falle auf irgendeine Erkrankung des Mundes oder des ganzen Körpers schließen. Wir lassen bei dieser Betrachtung alle die Fälle unbeachtet, die durch Einwirkung äußerer Gewalt, also Unfall, herbeigeführt werden.

Im allgemeinen wird die Beobachtung einer Lockerung der Zähne recht spät gemacht, da diese Erscheinung fast oder ganz schmerzlos eintritt. Wer natürlich schon als Kind an georbnete und entsprechende Pflege seiner Zähne gewöhnt ist, wird frühzeitiger auch leichtere Veränderungen des Zahnfleisches beobachten können. Bis vor zehn Jahren etwa war man sich über die Ursachen der Lockerung der Zähne noch vollkommen im unklaren und bezeichnete unter dem Namen Alveolarpyorrhöe (Zahnfleischentzündung) einen Komplex von Erscheinungen, der hauptsächlich durch Zahnsteinanfang, Bildung von Zahnfleischtaschen und Eiterung aus diesen bedingt war. Man nahm damals schon an, daß auch Stoffwechselkrankheiten, wie Zucker, Gicht, Bluterkrankungen usw. nicht selten mit diesen Erscheinungen im Grunde vergesellschaftet waren. Durch mühevollte Untersuchungen der letzten Jahre und intensive Zusammenarbeit mit der Allgemein-Medizin sind wir heute zu viel weitergehenden Ergebnissen gekommen. Die Symptome sind natürlich dieselben geblieben. Neben einer mehr oder weniger schweren Entzündung des Zahnfleisches sehen wir die Zahnfleischtaschen besonders an den oberen und unteren sechs Vorderzähnen meistens durch Zahnsteinanfang abgedeckt, bei Druck entleert sich dünnflüssiger Eiter. Schmerzen bestehen im Anfangsstadium kaum. Bei weiterem Fortschreiten wird der Knochen des Zahnfaches entsprechend zerstört, so daß die Befestigungsmöglichkeiten der Zähne stark beeinträchtigt werden. Wir

unterscheiden je nach dem Grad der Lockerung drei Arten, bei der letzten sind die Zähne durch die Junge jederzeit aus ihrer Stellung zu verändern, der Patient wird dann durch Schmerzen meistens veranlaßt, den Zahnarzt aufzusuchen. In fast allen Fällen konnte festgestellt werden, daß diese Erkrankung des Mundes, die nimmer den wissenschaftlichen Namen Parodontie erhalten hat, mit irgendwelchen allgemeinen Störungen des Körpers verbunden war. Stoffwechselerkrankungen in weitestem Sinne, Drüsenstörungen, Frauenleiden usw. bedingen in jedem Falle die entsprechende Untersuchung durch einen Facharzt. Nur in enger Zusammenarbeit mit den Ärzten kann ein Erfolg erreicht werden. Neben

Selbstverschuldet!

Wenn irgendwo „etwas passiert“, so sind stets die ersten Fragen: „Wer ist schuld daran? — Wer ist dafür verantwortlich? — Wer trägt die Kosten?“ Staat, Kommune, Sozialversicherung, Unternehmer — sie alle werden wegen ihrer vielen Vorschriften, Anordnungen und Warnungen zwar stets angegriffen, zum Teil auch lächerlich gemacht. Ist aber wieder „etwas passiert“, so wird stets versucht, irgendeine dieser Instanzen schuldig zu sprechen und verantwortlich zu machen.



Bestell Nr. 371 - d. Unfallverhütungsbild e. m. b. H. & Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W 9

Daß der Verunglückte vielfach selbst die Schuld an dem Unfall trägt, will in den seltensten Fällen jemand wahr haben.

Ein typisches Beispiel dieser Art gibt das obige Bild, das der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften als Warnungsplakat herausgebracht hat. Wer hat es nicht schon häufig genug erlebt, wie bei Dacharbeiten, bei denen in jedem Augenblick Schindeln, Stroh oder vielleicht auch Handwerkszeug herabfallen kann, der Strom der Passanten unbekümmert weiter schwebend, obwohl deutliche Warnungsplakate aufgestellt oder primitive Absperrungen vorgenommen sind. Wer hat nicht selbst schon leichtsinnigerweise den kleinen Umweg, der kaum eine Minute Zeit kostet, geparkt, um nur ja nicht auf seinem gewohnten Gang gestört, vielleicht auch nicht für seine gehalten zu werden. Diese winzige Zeiterparnis wird diese falsche Furchtlosigkeit, wenn es das Unglück will, wochen- oder monatelang dauerndes Krankentlager, vielleicht auch das Leben kosten!

der Umstellung des ganzen Körpers bezüglich der Heilung des bestehenden Grundeidens können wir durch unsere Maßnahmen im Munde Besserung und Heilung erreichen. Bisweilen sind auch durch größere Zahnflüden übermäßige Belastungen der noch stehenden Zähne veranlaßt, die auch zur Lockerung beitragen. Die Behandlung besteht zunächst in peinlichster Entfernung des Zahnfleisches, die sich oft über Wochen erstrecken kann. Die Zahnfleischtaschen werden gedreht. . . Selbstverständlich müssen alle nicht mehr zu erhaltenden Zähne und Wurzeln entfernt, eventuell Brücken durch Ersatz ausgefüllt, notwendige Füllungen gelegt werden. Sind einzelne Zähne stark gelockert, wird nach vorheriger Röntgenaufnahme des ganzen Mundes eine Befestigungschiene angefertigt. Wenn tiefergehende Veränderungen am Knochen

vorhanden sind, wird zweckmäßig durch eine Operation, die die gesamten kranken Stellen am Knochen und Zahnfleisch freilegt und fortnimmt, Heilung erreicht. Zur Unterstützung der Allgemeinbehandlung tritt nachher eine tägliche Massage des Zahnfleisches mit entsprechenden Medikamenten und Salben hinzu die dann längere Zeit vom Patienten ein- bis zweimal täglich mindestens fünf Minuten auszuführen ist. Neben der Behandlung des Allgemeinleidens ist eine allgemeine körperliche Kräftigung anzustreben, damit die Blutversorgung in den entfernteren Teilen des Körpers, also auch im Munde geregelt und normal wird. In geeigneten Fällen ist neuerdings auch zu einer Kur in einem unserer Jodbäder anzuraten, in einzelnen Orten kann gleichzeitig die zahnärztliche Behandlung durch einen spezialistisch geschulten Zahnarzt ausgeführt werden.

Die Lockerung der Zähne, die im Alter auftritt, kennzeichnet sich durch Rückbildung der Kiefer und zahntragenden Teile, ein Naturgesetz, dem wir nicht in den Arm fallen können. Allerdings wird sich auch hier durch weitgehende Zahnpflege und Massage ein immerhin langsamerer Rückschritt erzielen lassen. Wie bei vielen Krankheiten spielt auch hier die Vererbungstheorie eine große Rolle, wir können bisweilen in einzelnen Familien ganze Gruppen von lockerungsbereiten Mitgliedern feststellen. Jedenfalls, je früher der Zahnarzt und Arzt aufgesucht wird, um so eher können wir schnellen und ganzen Erfolg bei unseren Heilungsmahnahmen versprechen

Der erste Sturm.

Erinnerungen aus der russischen Revolution 1905 von Wladimir Woytinsky.

Die Verfilmung der blutigen Januarvorgänge von 1905 und der Meuterei auf dem „Potemkin“ hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Vorgeschichte der letzten russischen Revolution hingelenkt. Von dieser Vorgeschichte erzählt W. Woytinsky in seinem jetzt bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, erschienenen Buch „Der erste Sturm“ (in Heften 3 Mk.). Es ist ein Band persönlicher Erinnerungen. Der Autor erzählt nur, was er selbst erlebt hat. Schon nach wenigen Seiten Lektüre schrumpft unsere infolge der Filmjahren heroisch aufgeblähte Phantasie zu dem nüchternen Bild der Wirklichkeit zusammen. Es ist sehr notwendig, die Tatsachen von damals kennenzulernen.

Nachdem die von dem Priester Gapon geführte Demonstration vor dem Zarenhof in Petersburg zusammengeschossen worden war, zeigte sich eigentlich erst der wahre Charakter der Revolution von 1905. Es wurde deutlich, daß Rußland seine erste proletarische Revolution erlebte. Die revolutionären Ideen drangen in die Arbeiterschaft der russischen Industriebezirke ein. Da jede Versammlungstätigkeit unterbunden war, krönten die Arbeiter in die Diskussionsabende der Studenten, versammelten sie sich in den Hochschulen, wo sie ungestört debattieren konnten und wo sie sich allmählich der Führung dieser Abende bemächtigten. Die Studenten blieben in der Mehrzahl Mittläufer. Nur einige stellten ihre Studien zurück und widmeten sich der politischen Agitation. Woytinsky war unter ihnen.

Eines Tages wurden auch die Hochschulen gesperrt und militärisch besetzt. Die Arbeiter mußten sich heimlich versammeln und oft im Schutze der Dunkelheit auf offenem Feld zusammenkommen. Damals tauchte der Sowjet zum ersten Male auf. Ein Generalfestendete mit einem Scheinriegel, der Kampf um den Koffludentag brach los, die Arbeiter unterstützten die Militärmeuterei in Kronstadt mit einem Sympathiestreit, aber die heldenhafte Bewegung blieb auf Petersburg beschränkt. Eine Absperrung erschöpfte die Kräfte der Arbeiter, der Sowjet führte schließlich nur noch ein Schattenbataillon, und die Agitatoren sahen ein, daß der Arbeiter allein nicht der Träger der russischen Revolution sein konnte. Woytinsky und seine Genossen gingen aufs Land.

Hier standen sie, von rührend schönen Ausnahmen abgesehen, einer reaktionären Masse gegenüber, die von ihren Gutsbesitzern und Geistlichen geführt und gegen die „Roten“ gehetzt wurde. In einem besonders rückständigen Dorf wurden sie festgehalten, blutig geschlagen, zum nächsten Ort geschleppt, wieder verhaftet und beinahe von der Menge gelynchet. Dieses Einzelerlebnis war typisch für die jetzt hereingebrochene Periode der Niederlage. Der ganze Sowjet wurde verhaftet und der Aufstand der Arbeiter mit allen Mitteln niedergebrosen. Die Flamme war niedergebrosen. Unter der Asche aber glühte es weiter.

Woytinsky's Erinnerungen gewinnen den Reiz durch die Einfachheit der Darstellung und durch die sympathische Art, jedes persönliche Herportreten zu vermeiden. Trotzdem werden alle Personen sehr plastisch, und alle Vorgänge sind bewegt und voll Spannung. Ein interessantes, empfehlenswertes Buch!

Aus Beruf und Verband

Michael Wurm †

Wir erhalten die traurige Mitteilung, daß unser alter Kollege Michael Wurm am 29. April im Alter von 71 Jahren gestorben ist. Kollege Wurm war einer der Mitbegründer der Zahlstelle Offenbach a. M. unseres Verbandes. Fast vier Jahrzehnte hat er im Dienste der Organisation sein Bestes gegeben. An seinem 65. Geburtstag schrieben die Offenbacher „Mitteilungen“: „Die Person des Kollegen Wurm ist in einem Menschenalter dermaßen mit unserer Organisation verwachsen, daß es schlechterdings unmöglich ist, sich die Verwaltungsstelle Offenbach ohne den Jubilar zu denken oder sich den Jubilar losgelöst von seiner Wirksamkeit in und für die Organisation vorzustellen. Der Name Michael Wurm bedeutet, um es mal schlicht auszudrücken, nicht mehr und nicht weniger als beste Tradition der Klassen- und Gewerkschaftsbewegung.“ Auch den Kollegen im Reiche war Wurm kein Unbekannter, vertrat er doch auf einer Reihe von Verbandstagen die Interessen der Gesamtkollegenschaft mit großem Geschick. Immer war er der aufrechte Mann am rechten Platz, wenn es galt, wirtschaftliche Verbesserungen zu erreichen oder Anschläge auf die Errungenschaften der Kollegenschaft abzuwehren. Die Verwaltungsstelle Offenbach a. M. und mit ihr der gesamte Verband verlieren in dem Verstorbenen einen guten, selbstlosen Freund. Wir werden dem Kollegen Wurm ein gutes Andenken bewahren.

Die Hauptverwaltung.

Maulwurfsarbeit der RGD.

Die Anhänger Mostaus sind auftragsgemäß auf der ganzen Linie am Werk, die freien Gewerkschaften zu unterwühlen und an deren Stelle die ohnmächtigen RGD-Zellen zu setzen. Leider stehen die Kollegen zum Teil dieser Zersplitterungsarbeit gleichgültig gegenüber, denn nur so ist es erklärlich, daß die Maulwürfe in einigen Fällen Einfluß gewinnen konnten. Zu welcher bedauerlichen Ergebnissen es führt, wenn die RGD-Anhänger, und sei es auch nur vorübergehend, die Leitung einer Verwaltungsstelle unseres Verbandes in die Hände bekommen, zeigen Berichte, die uns aus Königsberg i. Pr. zugehen.

Dort sind die bisherigen Vorstandsmitglieder auf Grund des § 10 Absatz e unseres Verbandsstatuts ihrer Ämter enthoben, und der bisherige Vorsitzende Albrecht wie auch der Kassierer Wajchewski wurden aus dem Verband ausgeschlossen. Die Ausschlossene verfolgten in der letzten Zeit nur das eine Ziel, auf Befehl der kommunistischen Partei die Verwaltungsstelle Königsberg zu zerschlagen und den Boden für die RGD vorzubereiten. Die Herren haben dabei gründliche Arbeit geliefert. Eine von unserem Gauleiter unerhofft vorgenommene Kassenrevision ergab das betrübliche Resultat, daß der Sozialistenbestand verschwunden ist. 1500 Mk. waren auf Befehl der kommunistischen Partei aus der sicheren Anlage beim Konsumverein Königsberg herausgezogen und dem infolge kommunistischer Mißwirtschaft an den Rand des Ruins gebrachten Konsumverein Halle an der Saale überwiesen worden. Das Geld ist als verloren anzusehen. Noch nicht einmal eine Empfangsbefähigung über den Empfang des Geldes liegt vor. Auch für die Zukunft war schon vorgesorgt. So lag der Beschluß vor, dem kommunistischen Sportartikel 200 Mk. zu überweisen, er konnte nur aus Mangel an Bargeld noch nicht ausgeführt werden. Albrecht und Wajchewski erhielten für diese Tätigkeit, denn damit dürften ihre Leistungen für den Verband ziemlich erschöpft sein, aus der Ortstafel 100 Mk. ausgezahlt.

Bei der Kassenrevision fand Kollege Gehring ganze 20 Mk. bares Geld vor. Es ist wohl als selbstverständlich anzunehmen, daß er sofort reinen Tisch machte und die vorhandenen Bestände an Geld und Wertgegenständen an sich nahm. Das Königsberger Parteiorgan der RGD, befiel nun noch die Dreifaltigkeit, gegen diese Maßnahme Sturm zu laufen. „Gehring beschlagnahmt die Kasse“, schreibt das „Echo des Offens“, vergißt jedoch in der Hitze des Gefechts hinzuzufügen, daß die RGD-Kreaturen zuvor diese Kasse nach allen Regeln der „Kunst“ ausgeräubert hatten. Am Schlusse der Schimpfserie fordert das kommunistische Blatt: „Die Zahlstelle muß restlos in

die RGD übergeben und so die Streitbrüchmanöver der Gewerkschaftsbürokratie durchkreuzen.“ Wir appellieren an den gesunden Menschenverstand unserer Kollegen. In Königsberg haben in unserem Verband keine Differenzen irgendwelcher Art bestanden. Ein Streit wurde nicht angemeldet. Den Lohnabbau bei den Tapezieren hat der Ortsvorstand vorgenommen, ohne den Hauptvorstand zu befragen. Die diesbezüglichen Abmachungen mit der Innung tragen die Unterschrift des ausgeschlossenen Vorstandsmitgliedes Albrecht. Die Ortstafel ist in einer Reihe von Jahren zusammengepart, um entweder bei eintretenden Kämpfen als Zuschuß zur Streifenunterstützung zu dienen oder dort, wo Fälle außerordentlicher Not vorhanden sind, den Betroffenen mit einer einmaligen Unterstützung unter die Arme zu greifen.

Albrecht und Wajchewski haben mit ihrer Clique diesen Reservefonds in kurzer Zeit zerstückelt und an Einrichtungen der kommunistischen Partei verschoben. Diese Sandung ist um so verwerflicher, als durch die tiefe Erwerbslosigkeit ein großer Teil auch der Königsberger Kollegen in Not und Sorge steckt.

Dieser Vorgang muß eine Warnung für alle Verbandsmitglieder im Reich darstellen.

Die RGD kann unseren Kollegen keinen Ersatz für die Gewerkschaften bieten. Sie kann wohl zum Gaudium der Unternehmer bestehenden Verwaltungsstellen schweren Schaden zufügen, darüber hinaus verfügt sie nur über hohle Phrasen. „Streitbrüchmanöver“ nennt es das „Echo des Offens“, wenn sich unser Gauleiter gegen die Verschiebung des Verbandsseigentums wendet. Das ist eine ganz eigenartige Form der Solidariät, die da angedeutet in den Reihen der RGD, und ihrer Hintermänner geübt wird. Wir erwarten, daß jeder anständige Kollege von derartigen Gepflogenheiten abrücken wird. Unser Kollege Raul Gehring, der Gauleiter für den Offens, fordert in einem Flugblatt, das sich mit diesem Fall beschäftigt, die Kollegen auf, die Organisation nicht zerschlagen zu lassen. Er sagt dann:

Keine Phrase kann auch die praktische Solidariät der freiorganisierten Kollegenschaft ersetzen!

Wir schnüffeln nicht nach der politischen Gesinnung des einzelnen Mitgliedes und begründen jede sachliche Kritik, wann und woher sie kommt. In unseren Reihen sind alle willkommen, die unser Statut anerkennen und mitheßen wollen, das Band der Solidariät immer fester zu knüpfen. In jähem, unermüdlicher Arbeit wollen wir unsere Pflicht tun und darauf achten, daß nicht Spaltspitze die Grundlage zerstört, auf die sich das große und starke Volkswort des Klassenkampfes und der Solidariät stützt.

Den Kampf ums Dasein entscheiden nicht Phrasen, sondern die Machtfaktoren, die wir ins Treffen stellen! Wer sie zerstört, begeht Verrat an der Arbeiterklasse! Wer sie verläßt, verwickelt den endlichen Sieg!

Darum zu uns — Kollegen!
Bleibt euch selber treu und der Organisation.

Stellungnahme des Beirats im Deutschen Lederarbeiterverband zur Verschmelzungsfrage.

Am 20. April fand in Berlin eine Sitzung des Verbandsbeirats der Lederarbeiter statt, die auch für uns von größerem Interesse sein dürfte. Anlaß zu dieser Zusammenkunft gaben die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Verband und die Invalidenunterstützung. Den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes gab der Vorsitzende Mahler. Der Hauptkassierer Bodt berichtete über die Entmündigung der Invalidenversicherung (IV). Die Zahl der unterstützten Invaliden stieg von 111 Ende 1925 auf etwas über 800 Ende des ersten Vierteljahres 1931. Die Ausgaben für die IV. stiegen von 12 593 Mk. im Jahre 1925 auf 202 381 Mk. im Jahre 1930. Insgesamt hat der Lederarbeiterverband in diesen sechs Jahren 618 493 Mk. für diesen Unterstützungszweig ausgegeben. Der Hauptvorstand steht auf dem Standpunkt, daß eine Sanierung der IV. eintreten muß und hat eine diesbezügliche Vorlage ausgearbeitet, die dem Beirat zur Begutachtung und Beschlußfassung vorliegt.

Nach ausgiebiger Aussprache, in deren Verlauf das Für und Wider eingehend erörtert wurde, kam der Verbandsbeirat zur einstimmigen Annahme der Änderungsbeschlüsse des Zentralvorstandes. Der dadurch beschlossene Abbau macht ungefähr ein Drittel der bisher gezahlten Unterstützungssätze aus und dürfte damit die unangenehme Belastung der Verbandsmittel durch die IV. beboben sein.

Mit Vertretern des Schuhmacherverbandes und unserer Organisation haben verschiedene Aussprachen über eine eventuelle Verschmelzung stattgefunden. In verschiedenen Punkten wurde eine Verständigung erzielt und berichtet der Vorsitzende Mahler über den Verlauf der Verhandlungen. In der anschließenden Debatte kamen Befürworter und Gegner der Verschmelzung ausreichend zum Wort. Einige Redner bekannten sich als offene Anhänger des Zusammenenschlußgedankens; bei der Mehrzahl konnte eine übermäßige Begeisterung für den Zusammenenschluß nicht festgestellt werden. So führte nach der „Lederarbeiter-Zeitung“, der wir diesen Bericht entnehmen, der Verbandsredakteur der Lederarbeiter, Loh, Berlin, aus:

„Wenn der Verschmelzungsgedanke innerhalb der in Frage kommenden Verbände noch keine greifbare Gestalt annahm, so deshalb, weil bei keinem Verband eine zwingende Notwendigkeit dazu vorhanden war. Die ledererzeugenden und lederverarbeitenden Industrien haben nur ganz verschwindend geringe Berührungspunkte miteinander. Wären sie beruflich und betrieblich eng verbunden, wäre die Verschmelzung schon zur Tatsache geworden. Die Hoffnung, daß der Zusammenenschluß auch eine größere Anziehungskraft auf die Unorganisierten ausübe, teile ich nicht. Die Erfahrungen, die man in dieser Beziehung in anderen Ländern, wie in der Schweiz, Frankreich und in der Tschechoslowakei, gemacht habe, sind nicht ermutigend.“

Am Schluß der Aussprache erklärte der Vorsitzende Mahler, daß die Verhandlungen mit den beiden anderen Verbänden fortgesetzt werden sollen und abgewartet werden muß, welches Resultat sich dann ergibt.

Am 27. Mai tritt der erweiterte Vorstand des Sattler-, Tapezierer- und Portefeulleur-Verbandes zusammen, um neben vielen anderen aktuellen Fragen auch zur Verschmelzungsfrage Stellung zu nehmen. Wir werden über den Verlauf dieser Tagung berichten.

Verleumder gerichtet.

Der Schriftleiter Rißkus des Bochumer Nachrichtenblattes „Westfalenwacht“ wurde wegen über Nachtrede gegen den Vorsitzenden der SPD, unseren Kollegen Otto Wels, zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Dem Kläger wurde die Befugnis zurerteilt, das Urteil auf Kosten des Angeklagten in der „Westfalenwacht“, dem „Völkischen Beobachter“ und dem „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Die „Westfalenwacht“ hatte in einem Artikel von Otto Wels behauptet, er habe vor langen Jahren 1000 Mk. Parteigelde unterschlagen, die dann seine arme Mutter durch große Opfer wieder abgezahlt hätte. Der Rechtsanwalt des Beklagten erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis zu erbringen und benannte zu diesem Zweck den Journalisten Georg Davidsohn als Belastungszeugen. Dieser Wahrheitsbeweismißling vollständig. Davidsohn mußte erklären, er erachte aus seiner genauen Kenntnis der Parteiverhältnisse für ganz ausgeschlossen, daß Wels jemals auch nur einen Pfennig Parteigelde unterschlagen haben könnte; er halte Wels für eine absolut lautere Persönlichkeit. Der Rechtsanwalt des Beklagten, dessen Belastungszeuge jedoch den verleumdeten Wels glänzend rehabilitierte, besah darauf die Unpersönlichkeit, zu behaupten, es handle sich anscheinend nicht um verurteilte Parteigelde, sondern um Unterschlagungen in der damaligen Tapezierergewerkschaft. Rechtsanwalt Landsberg, der die Klage des Kollegen Wels vertrat, wurde durch dieses Ablenkungsmanöver durchaus nicht überrascht. Er hatte sich vorjählich eine Reihe alter Parteigenossen und auch Verbandskollegen geladen. Unser Kollege Adolf Lutz, langjähriger Revisor der Verwaltungsjeweile Berlin des Tapeziererverbandes, erklärte als Zeuge, daß ihm von einer Veruntreuung irgendwelcher Gelder durch Wels nichts bekannt sei; wäre eine solche Veruntreuung vorgekommen, so würde er das wissen. Ein Schiedsgericht über Wels habe nie getagt, es sei ihm auch nicht erinnerlich, daß etwa die Mutter von Wels für ihren Sohn Gelde gezahlt hätte.

Nachdem so dem Angeklagten alle Felle weggeschwommen waren und nichts als die nackte böswillige Verleumdung übrig blieb, erklärte sich der Verteidiger bereit, das zu tun, was bei den Nazis in diesem Falle üblich ist, nämlich die Verleumdungen zurückzunehmen. Rechtsanwalt Landsberg lehnte das ab und unterzog in seinem Plädoyer die Infamie dieser Verleumdung einer scharfen Kritik. Wir können dem nur zustimmen. Die Gepflog-

hinter der radikalen Parteien, mit allen illegalen Mitteln gegen den Gegner anzugehen und besonders die Führer der gemäßigteren Bewegung zu verführen und mit Dred zu bewehren, hat zur allgemainen Vermilderung des politischen und zum Teil auch des wirtschaftlichen Kampfes geführt.

Unsere Kollegen werden bald erkannt haben, daß es bei den Parteien, die zu solchen verwerflichen Kampfsmitteln greifen, mit dem Glauben an die Machtkraft des eigenen Parteiprogramms recht schlecht bestellt sein muß.

Rundgang durch eine große Lederwaren-fabrik in Venedig.

(Nachdruck verboten.)

Unweit vom Markusplatz in Venedig, inmitten jenes bezaubernden uralten Winkelwerks beim Teatro Venice, liegt in einem engen Gäßchen der Eingang zu einer berühmten Lederwarenfabrik. Man muß bereits ein Kenner der Lagunenstadt sein, man muß schon gelernt haben, sich in dem Gewirr von Kanälen und unscheinbaren Durchgängen zurechtzufinden, will man nicht in die Irre laufen. Es ist nicht leicht, an dem bescheidenen Firmenschild „B. Ciniati“ zu erkennen, daß sich hier in hundertjährigem Mauerwerk eine der wichtigsten Erzeugungstätten für die Lederwarenausfuhr Venedigs verbirgt.

Ein Fabrikationsaal mit hohen Fenstern — die Pfeiler lassen vermuten, daß hier mehrere Räume zu einem einzigen zusammengefaßt worden sind — enthält eine wahrhaft verwirrende Menge verschiedener Phasenbetriebe. Handarbeit und maschinelle Tätigkeit gehen ineinander über. Die Maschinen stammen, nebenbei gesagt, ohne Ausnahme aus Deutschland. Es wird Kableder und Chevreau verarbeitet. Das Leder kommt aus Kanada, aus Neuseeland und sonstigen britischen Kolonien, auch aus anderen Ländern, so in geringer Menge aus Deutschland — aber nichts aus Italien selbst. Wertwüchsig mußt die Arbeit bei der Handpresse an. Sie wird durch Gasheizung erwärmt. Schwarzes Leder kommt angefeuchtet zwischen die bronzene Matrize und die Unterlage aus Papiermaché. Und nun erschrickt der ahnungslose Besucher nicht wenig: Ist ein Unfall geschehen? Ein Arbeiter fällt der Länge nach auf den Rücken, der lange Hebel, den er hält, liegt über seinem Körper, und der Arbeiter bleibt unbeweglich liegen. Dann aber erhebt er sich gesund und unverletzt, wieder wird ein Stück Leder eingelegt — und wieder fällt der Arbeiter zu Boden. Den Hebel über sich. Das ist, wie sich bald herausstellt, gar nicht ohne Gefahr. Das ist die Methode, in der hier die Pressung bewirkt, läßt sich der Arbeiter der Länge nach auf den Rücken fallen. In der nächsten Handpresse wird Naturleder, ungefärbt, bei nur mäßiger Wärme bearbeitet. Es paßiert zweimal die Presse. Das erstmal werden die Konturen farblos gepreßt, dann erfolgt an anderer Stelle das Ausmalen der durch die Pressung angeordneten Muster, und nun kommt das teilweise gemalte Leder zum zweitenmal in die Presse. Diesmal werden durch ein mit schwarzer Farbe bestrichenes Rüstgefäß die Konturen des Musters nachgezogen, eventuell auch kleine Stellen im Muster schwarz ausgefüllt oder schraffiert. Dadurch erhält die Handmalerei erst Klarheit und Definition. Aber auch jene Lederwaren dieser Art, bei denen die zweite Pressung wegliebt, sind reizend und viel gesucht. Ihnen fehlt zwar die absolute Präzision — die immer den maschinellen Eingriff verleiht — aber ihr Gesamteindruck ist zarter und bestreuer, die Handarbeit kommt gerade dadurch und durch die nicht bemaltenen Keinen Unregelmäßigkeiten nach meinem Empfinden viel mehr zur Geltung. Das ist eben Ansichtssache und Geschmacksache.

Den erwähnten Handpressen, die von jungen Männern bedient werden, braucht man mir den Rücken zu kehren, und schon hat man ein anderes, erhellendes Bild vor sich. Sind wir mit einmalem in eine höhere Mädchenschule geraten? Da stehen drei Reihen schwarzgestrichener Schulbänke, dicht besetzt mit fleißigen jungen Mädchen, dunklen und hellen Hauttönen. Über das sind nicht Schülerinnen, sondern kleine Weißerinnen. Mit Pinsel und Gouachefarbe malen sie auf das helle gelbe Naturleder entzückende bunte Muster in die eingepreßten Konturen. Sie arbeiten mit der Handfertigkeit vollendeten Könnens, zum Teil bereits aus dem Gedächtnis, letztere nach Vorlagen. Aber das ist heilsame keine geistliche Arbeit im ewigen Einerlei. Jeden Tag kommen irgendwelche neue Muster dazu. Als Vorlage dienen hauptsächlich altvenezianische Motive, doch will man daneben auch bestrebt, Modernes und willig Neues zu schaffen. Es fehlt hier nicht an experimentellsten und kunstfertigen Mustern. Aber ich muß geheuer, daß mir die altvenezianischen ungleich lieber sind. Im demselben Fabrikationsraum — alles, was ich

hier erwähne, spielt sich in einem und demselben Saal ab! — Ist der Vergolder, der das Leder, dort, wo es vergoldet werden soll, mit Einweiß befreit, dann mit Hilfe eines breiten Harzpinsels die dünnen Goldblättchen sorgfältig nebeneinander daraufbreitet. Das Leder wird gepreßt und das überschüssige Gold zuletzt weggebürstet. Eine elektrische Schnerdemaschine nimmt an dem gemalten und gepreßten Leder die Innenlage längs der Ränder streifenförmig ab, ehe die Verarbeitung zu Lederwaren erfolgt. Und wie hier immer Maschinen- und Handarbeit einander abließt, erfolgt die nächste Phase zugleich mit der Hand. Die Ränder werden bei der Taschenerzeugung mit der Hand in Lederlöcher gestochen.

In demselben Saal erfolgt die Fertigstellung der Lederwaren. Da entstehen in erster Handarbeit Damenhandtäschchen moderner Façon, Portemonnaies, Briefstaschen und Notizblöcke, zum Teil gut mit Moiré-Feide gelüftet. Einige Leute sind damit beschäftigt, vergoldetes und bemaltes Leder auf metallene Kneiferfutternale mit Sprungfeder, deutsches Fabrikat, aufzukleben. Da ich mir nun schon einmal die Freiheit der Kritik nicht verlege, darf ich wohl feststellen, daß mir die Verbindung zweier einander so fremder Begriffe — Kneiferfutternal und venezianisches Goldmojail — nicht sehr glücklich erscheint.

Ein anderer, vielleicht noch interessanterer Teil der Fabrik befindet sich in einem zweiten Gebäude, zwanzig Schritte weiter, auf einem kleinen stillen Platz. Das Hausort ist an sich eine Schenswürdigkeit, eine jener Säulen, die nur selten von einem Besucher Venedigs entdeckt werden. Man bewundert ja immer nur den Markusplatz, den Canal Grande und die anderen weltbekanntesten Dinge; „das unbekannte Venedig“ aber ist reich an verborgenen Schönheiten. Das Portal der Lederwarenfabrik nun, von der hier die Rede ist, stellt ein seitliches Erinnerungsdenkmal an die österreichisch-italienischen Kriege des 19. Jahrhunderts dar. Unter dem geblühten Markusbild zeigt die prachtvolle Fassade das Medaillonbildnis des Diktators und Verteidigers von Venedig, Daniels Manin, darunter in die Mauer eingebaute Geschützrohre, Kugeln und allegorische Darstellungen.

Man gelangt zuerst in einen Vorraum, in dem es wieder ungefähr wie in einer Schule ausieht. Auch hier wird Leder nach Vorlagen bemalt. Nun aber betritt man einen Saal, der sozusagen das geistige Zentrum, das Gehirn dieser Fabrik bildet. Ich bin mir übrigens im klaren, daß der Ausdruck „Gehirn“ nicht ganz am Platze ist, und dies insbesondere hier in diesem Saal, wo ausschließlich mit der freien Hand geschaffen wird. Das ist wohl kaum eine Fabrik, es ist viel eher eine Kunstwerkstätte. An mehreren Arbeitsstellen vollziehen sich die einzelnen Phasen der Handpressung. Da liegen die Zeichner, die ihre Ornamente und Figurenmuster meist in traditioneller Art aus Barock-, Renaissance- und Gotikmotiven gestalten, zum Teil auch verjüngt (und mit nicht viel Glück) auf der Jagd nach neuen, modernen Ideen sind. Die fertige Zeichnung wird in zwei einander gleichen Exemplaren verwendet. Auf dem einen Blatt wird die Zeichnung gezeichnet, das Blatt wird über das Leder gebrannt, worauf die Zeichnung durch die Löcher auf das Leder übertragen wird, bei hellem Naturleder mit Holzstapelpulver, bei dunklem Leder mit weißem Pulver. Diese Konturen werden hierauf mit einem Stichel in das Leder eingestrichelt. Das zweite Blatt der Zeichnung kommt auf eine Metallplatte zu liegen; die Zeichnung erhält nun durch Auftragen von Glasfritt auf dieses Blatt die plastischen Formen. Und zuletzt legt man das, wie erwähnt, bereits mit den Konturen versehenes Leder, das auf seiner Innenfläche mit Alkohollack bestrichen worden ist, auf die plastische Unterlage; durch Druck mit verschleuderten Metallinstrumenten nimmt das Leder die Plastik an, die durch den inzwischen hart gewordenen Glasfritt der Unterlage dargestellt wird. Das Leder behält die konvexen Formen der Muster bei, da der Alkohollack sich inzwischen erhärtet. Die eben beschriebene kunstgewerbliche Handarbeit bildet jene Pressung, die ein wertvolles Stück Tradition der venezianischen Lederwarenerzeugung ist.

Aber auch die kunsthandwerksmäßige Vorarbeit zur maschinellen Pressung wird in dieser interessanten Werkstätte geleistet. Da sehen wir Papierbogen mit ornamentalen Zeichnungen unter einer Glasplatte liegen; und der kunsthandwerker formt auf der Platte das darunter befindliche Muster mit Ritz in mühsamer, kunstvoll erhabener Handarbeit nach. Die so entstandene Plastik wird zweimal in Gips ausgegossen und schließlich als Bronze negativ hergestellt. Dieses nun wird aus Venedig an andere Fabriken zur maschinellen Pressung geliefert. Oder aber es werden positive aus Pappe hergestellt, deren Versand wenig kostspielig ist und die von der Fabrik, die sie bezieht, dann in Metall ausgegossen werden, ähnlich wie die Matrizen im Buch- und Zeitungsdruckverfahren. Die hier in Venedig erzeugten Bronzematrizen und Pappematrizen sind als Produkte eines altangelegenen, traditionellen Kunsthandwerks sehr

geachtet. Aber die Verwendung von Metallplatten zur maschinellen Pressung rentiert sich nur für umfangreiche Fabrikation. Andererseits ist die hier geübte Handpressung das billigere Verfahren.

In dem Saal, von dem ich eben sprach, wird nicht nur gepreßt, sondern auch gemalt und vergoldet, alles in reizvoller Handarbeit.

Die Fabrik umfaßt noch ein drittes Gebäude mit dem Kontor und dem riesigen Lager. Da sieht man die mächtigen vierteiligen Eisenarme aus gepreßtem und gemaltem Leder, mit großen naivbunten Darstellungen wie beispielsweise die symbolische Vermählung des Dogen von Venedig mit dem Meer; hier gibt es in überwältigender Menge Lederwaren verschiedenster Art, Damenhandtaschen, Portefeuilles, Mappen, Kissen, Damenhüte, Rahmen, Tablettts, Bucheinbände, komplette Schreibtischgarnituren (bestehend aus Tintenzeug, Briefmappe, Block, Löschweige, Zigarettenboxe, Stechur, Tischlampe und Buchstützen), ferner Lampenschirme, schöne antikisierende Plakette, Balenbehälter und lederüberzogene Stühle und Hautcutils. Das alles gelangt nur zum geringen Teil in Venedig selbst in den Kleinhandel; das meiste wird nach anderen Städten Italiens, ferner nach Berlin und anderen deutschen Städten, nach Wien, nach Budapest, nach Paris und in besonders großer Menge nach England und Nordamerika ausgeführt.

Dr. Friedrich Wolfisch.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Berlin. Die am Donnerstag, dem 23. April, stattgefundene allgemeine Funktionärerversammlung nahm den Geschäftsbericht vom ersten Quartal entgegen. Kollege Osten führte aus, daß die Arbeitslosenzahlen im Januar und Februar weiter gestiegen sind. Der leichte Rückgang im März, der auf eine teilweise Saisonbelebung zurückzuführen sein dürfte, tritt zu wenig in Erscheinung. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung gewinnt mehr und mehr an Bedeutung. Das erste Gutachten der Braunkohlen-Kommission in dieser Frage müßte viel klarer gefaßt sein. Kleinbetriebe unter zehn Personen fallen ganz aus und gerade in den Berufen unserer Organisation sind die Kleinbetriebe sehr stark vertreten.

Dem, unter der Führung der Regierung durchgeführten Lohnabbau ist der Preisabbau nur in sehr ungenügendem Maße gefolgt. Die Unternehmer mühen die Situation aus und kündigen Mantel- und Lohnstarke. Der Lohn für die Treibriemenbranche wurde durch Schiedspruch von 1,28 Mt. auf 1,20 Mt. festgelegt. Ein Schiedspruch für die Einleumleger ermäßigt den Lohn von 1,70 Mt. auf 1,60 Mt. und im Accord um 8 Proz. in zwei Etappen. Die Verhandlungen über den Mantelstarke sind noch nicht abgeschlossen. Die beschriebenen Forderungen der Unternehmer sind Kürzung des Urlaubes um die Hälfte, Wegfall der Mindestlohngarantie im Accord, Abbau der Ueberstundenzuschläge und anderes mehr. In der Zeit- und Planbranche hat sich die Unternehmervereinigung aufgelöst. Mit der Firma Reichelt wurde ein Hausstarke abgeschlossen. Der Lohn beträgt 1,42 1/2 Mt., Urlaub und Feiertagsbezahlung konnte erhalten werden. Verschiedene Firmen haben sich diesem Abkommen angeschlossen. Für die Tapezierer ermäßigte ein Schiedspruch den Lohn von 1,38 Mt. auf 1,30 Mt. in zwei Etappen. In der Frage der Näherinnenlöhne läuft eine Feststellungsfrage. Der Mantelstarke für die Lederwarenbranche wurde abgeschlossen mit einem Sonderabkommen über die 40-Stunden-Woche, dessen endgültige Regelung aber noch aussteht. Der Urlaub erfuhr eine Kürzung von 2 resp. 1 Tag für Heimarbeiter. Der Lohn wurde festgelegt von 1,10 Mt. auf 1,04 Mt. bis Anfang Juli, und dann 1,03 Mt. bis Ende Januar 1932. Für Accordlöhne erfolgt ein Abzug von 6 1/2 Proz. Kollege Osten betont, daß es gelungen ist, alle Branchen durch den Neuaufschluß von Tarifen zu binden und somit zu festigen.

Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage sind die Klassenverhältnisse sowie die Mitgliederbewegung durchaus nicht beunruhigend. Die Ausgaben an Unterstützungen für die Hauptkasse erhöhten sich von 28 791 Mt. vom vierten Quartal auf 31 500 Mt. Die Lokalkasse schließt mit 111 341 Mt. gegenüber 114 813 Mt. vom vierten Quartal 1930 ab. Kollege Osten betont, daß die Verhältnisse eine rege Mitarbeit aller Funktionäre erforderlich machen. Er ermahnt zur Einigkeit und Geschlossenheit gegenüber allen Gewerkschaftsetzenden, ob Unternehmer, ob Nazi oder A.S.D.

Mit einem Appell an alle Kollegen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und sich geschlossen an der Matdemonstration für die 40-Stunden-Woche für die Einheit der Arbeiterbewegung, gegen die Gewerkschaftspaltung und gegen den Faschismus zu beteiligen, schloß Kollege Buntowitsch die aufbeachtete Versammlung. Paul Steinfahr.

